

## Region

# «Sie brauchen einen geschützten Ort»

**25 Jahre Mädchenarbeit in Bern** Warum gibt es in Bern Jugendarbeit spezifisch für Mädchen, nicht aber für Jungs? Nicole Joerg Ratter, Geschäftsleiterin vom Trägerverein offene Jugendarbeit, über Diskriminierung und Dominanz.

Jessica King

**Frau Joerg Ratter – in der Stadt Bern existieren zwei Jugendtreffs, die exklusiv für Mädchen sind. Warum?**

In den offenen Jugendtreffs sowie im öffentlichen Raum nehmen die Jungs tendenziell mehr Platz ein. Das führt dazu, dass weniger Mädchen unsere Treffs besuchen, wenn beide Geschlechter anwesend sind. Wir finden es aber wichtig, dass auch Mädchen Raum für ihre Themen und Bedürfnisse haben.

**Inwiefern nehmen Jungs mehr Platz ein?**

Sie sind oft lauter und dominanter, haben ein selbstsichereres Auftreten und zeigen eher ein gewisses Konkurrenzverhalten. Mädchen sind im Teenageralter anders – sie fokussieren sich eher auf die Gemeinschaft.

**Die gleichen Argumente für Mädchentreffs wurden bereits in den 80er-Jahren aufgeführt. Hat sich die Gesellschaft seither nicht verändert?**

Klar hat sie sich verändert. Gleichzeitig läuft die Sozialisation noch immer ziemlich schlechterstereotyp ab – man werfe einen Blick in die Kinderkleider- oder Spielzeugabteilung, um zu sehen, dass die Erwartungen an Mädchen und Jungs nicht dieselben sind.

**Jungs nehmen vielleicht mehr Platz ein, haben aber auch eigene Bedürfnisse. Warum wird es den Jungs verwehrt, einen eigenen Treff zu haben?**

Wir geben natürlich auch Jungs den Raum, um sich mit ihren Themen zu beschäftigen. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, dass Angebote nur für Jungs ab einem gewissen Alter kaum genutzt werden. Stattdessen bieten wir offene Gesprächsrunden für alle an, teils kommen dann nur Jungs. Früher gab es mehr Angebote, aber sie haben sich in der Schweiz nicht etabliert, weil das Bedürfnis nicht da ist.

**Haben die Jungs weniger Redebedarf?**

Das nicht. Wir führen bei den Jungs viele intensive Beratungsgespräche durch, diese finden aber meistens unter vier Augen



«Das Angebot für Mädchen wurde in der Stadt Bern kontinuierlich ausgebaut», sagt Nicole Joerg Ratter, Geschäftsführerin vom Trägerverein offene Jugendarbeit. Foto: Nicole Philipp

statt. Oder wir greifen in grösseren Gruppen Themen auf, wie Gewalt oder Drogen, von denen wir wissen, dass sie sehr daran interessiert sind.

**Sie konzentrieren sich bei den Treffs bewusst auf diskriminierte Mädchen. Warum?**

### 25 Jahre Mädchenarbeit in Bern

Bereits 1989 schlossen sich Jugendarbeiterinnen aus der Stadt und Region Bern zusammen, um einen sicheren Raum für Mädchen zu schaffen. Der resultierende Mädchentreff «Punkt 12», der 1997 eröffnet wurde, war der erste seiner Art in Bern und erst der zweite in der Schweiz.

Bereits nach einer dreijährigen Pilotphase stand der Treff vor dem Aus: Die finanziellen Mittel der

Gründerinnen waren aufgebraucht und die Stadt Bern lehnte es ab, den Treff zu finanzieren. Medienwirksam besetzten junge Besucherinnen danach eine Woche lang ihren eigenen Treff, sammelten Unterschriften und reichten beim Stadtrat eine Petition ein. Ein Jahr später wurde der Mädchentreff in den Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern (toj) integriert und ist seither

geschützt, um sich mit der Mehrfachdiskriminierung auseinanderzusetzen. Wir haben etwa viele Modi mit Migrationserfahrung, die über die Rolle reden möchten, die sie in der Familie einnehmen. Oder solche, die sich mit der patriarchalen Erziehung auseinandersetzen. Einige Mäd-

finanziell gesichert. Das Angebot für Mädchen wurde seither kontinuierlich ausgebaut. Vor drei Jahren entschied der Stadtrat, den städtischen Beitrag an toj um 65'000 Franken zu erhöhen – zugunsten der Mädchenarbeit. Aktuell gibt es vier verschiedene Angebote spezifisch für Mädchen: zwei Treffs, die exklusiv für sie sind, sowie zwei Räume in gemischtgeschlechtlichen Treffs. (jck)

chen mit Migrationserfahrung dürfen keine gemischtgeschlechtlichen Angebote besuchen und haben so die Chance, überhaupt vom Angebot der offenen Jugendarbeit zu profitieren.

**Worüber reden die Mädchen, wenn sie unter sich sind?**

Da werden viele klassische Teenagergeschichten ausgelebt – Mädchen treffen sich, um über den Alltag zu reden. Über Ausbildung, Freundschaft, Liebe. Aber die Gespräche gehen auch weiter: Themen sind beispielsweise die Bedeutung des Frau-Seins, die Situation zu Hause oder Erwartungen, die an sie als Mädchen gestellt werden. Wir enttabuisieren auch die Menstruation, indem wir auf dem WC alle Produkte bereitstellen, die sie brauchen. Auch der Umgang mit dem Körper, der sich in der Pubertät verändert, ist ein grosses Thema.

**Ein Blick auf das Programm zeigt, dass viele woke Themen zum Angebot im Mädchentreff «Punkt12» gehören – etwa Diversität oder Rassismus. Warum dieser Fokus?**

Weil das die Themen sind, die Mädchen beschäftigen und an uns herantragen. Zwei Jahre lang hatten wir das Schwerpunktthema Rassismus, weil viele Jugendliche heute Diskriminierungen erleben und uns von diesen Geschichten erzählen. Dasselbe mit der Vielfalt an Geschlechtern: Auch wenn ein kleiner Teil der Bevölkerung betroffen ist, sind es genau Jugendliche in diesem Alter, die Schwierigkeiten haben, wenn sie merken, sie entsprechen nicht der Norm.

**Bereits in den 90er-Jahren behandelte der Mädchentreff Themen wie Sexismus. Ist die heutige Generation nicht weiter?**

Die Frage ist hier, welche Generation Sie genau meinen. Ist es nicht eine Elite, also die klassische Berner Gymnase, die sich dieser Themen sehr bewusst ist? Es gibt viele Mädchen, die nicht zu dieser Elite gehören – und die genau in diesen Themen noch Unterstützung brauchen. Zudem zeigen gerade jüngste Zahlen, zum Beispiel zu sexueller Belästigung im öffentlichen Raum, dass viel zu viele Mädchen diese mehrmals erleben müssen.

## Grossrat Ueli Abplanalp verstorben

**Brienzwiler** Der bernische Grosse Rat hat am Montagnachmittag seine zweite Sessionswoche mit einer traurigen Nachricht begonnen: Grossratspräsident Martin Schlup gab bekannt, dass SVP-Grossrat Ueli Abplanalp aus Brienzwiler unerwartet verstorben ist.

Wie Schlup sagte, verstarb der Meisterlandwirt in seinem 51. Lebensjahr. Dies am Samstag bei einem Auftritt seines Jodlerklubs bei einem Käseteilet auf der Mägigalp. Abplanalp hinterlässt eine Frau und fünf Kinder. In den Grossen Rat gewählt wurde er 2018. Ueli Abplanalp war im Kantonsparlament als Stimmzähler tätig und gehörte der Bildungskommission an. Zudem war er Vorstandsmitglied der SVP Kanton Bern, wie diese in einem Communiqué mitteilte. «Es bleibt uns nur der Trost, dass er an einem Ort gegangen ist, an dem er gerne war.» (sda)

## Drei Wochen Urlaub vor der Geburt

**Kantonsangestellte** Der Berner Regierungsrat ist bereit, den Mutterschutz für die Kantonsangestellten zu verbessern: In der Personalverordnung soll ein dreiwöchiger Mutterschaftsurlaub vor der Geburt verankert werden. Der Berner Regierungsrat empfiehlt eine Motion von Tanja Bauer (SP) zur Annahme. Unterzeichnet wurde der Vorstoss auch von Mitgliedern der Mitte, der Grünen, der EVP und der AL.

Der bereits bestehende Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen soll nicht angetastet werden; er soll vollständig nach der Geburt bezogen werden können. Heute können die schwangeren Kantonsangestellten zwei Wochen ihres Mutterschaftsurlaubs vorbezahlen.

Der Kanton Bern sei damit auf dem richtigen Weg, schreibt Motionärin Bauer. Doch die Lösung sei unbefriedigend: Zwei Wochen seien zu wenig, zudem werde der Mutterschaftsurlaub nach der Geburt verkürzt. (sda)

## Kanton unterstützt Plusenergiequartier

**Worblaufen** Der Kanton Bern wird an ein Plusenergiequartier, das die Coop-Pensionskasse in Worblaufen bauen will, einen Beitrag von 1,5 Millionen Franken leisten. Das hat der bernische Grosse Rat am Montag entschieden. Mit 130 zu 13 Stimmen ohne Enthaltungen sagte er Ja zum Beitrag, der auf dem kantonalen Förderprogramm für erneuerbare Energie und Energieeffizienz basiert. Die in Basel ansässige CPV/CAP-Pensionskasse des Detailhändlers will laut Grossratsunterlagen sechs Mehrfamilienhäuser bauen.

Das Quartier in der Gemeinde Ittigen wird den Namen «Aarerrain» tragen. Ein Plusenergiequartier wird als Siedlung definiert, in der jährlich mehr Energie erzeugt wird, als für das Raumklima, das Warmwasser und den Strombedarf benötigt wird. Die Energie erzeugen beispielsweise Photovoltaikanlagen auf den Dächern. (sda)

## Aufwertung oder Verschandelung mit Hochhäusern?

**Abstimmung am 25. September** In Bolligen geht der Streit um das Areal beim Bahnhof in die entscheidende Runde.

In Bolligen sind die Gemüter erhitzt: Am 25. September entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die zukünftige Entwicklung des heute schlecht genutzten Areals beim RBS-Bahnhof. Durch eine Zonenplanänderung würden deutlich höhere Gebäude und eine verdichtete Überbauung erlaubt. Die Gegnerinnen und Gegner beklagen, dass «überdimensionierte Hochhäuser» und «Wohntürme» vorgesehen sind. Ein konkretes Projekt gibt es aber noch nicht.

Die Pläne waren bereits Gegenstand einer intensiven Debatte

an der Gemeindeversammlung vom 7. Juni. Die Vorlage wurde aber mit 132 Ja zu 83 Nein gutgeheissen. Ein Referendumskomitee sammelte in der Folge mehr als 300 gültige Unterschriften – nötig sind in Bolligen deren 200. Nun kommt es zur Urnenabstimmung.

Die Vorlage sei nicht «ortsverträglich», sagt Markus Guzek vom Referendumskomitee. «Die Pläne sind vor allem auch kurzfristig, da sie den Dorfcharakter zerstören und hohe Folgekosten auslösen.» Eine neue Siedlung werde zu überfüllten Klassen und dem Bau neuer Schulen

führen. Das Referendumskomitee stellt sich nicht grundsätzlich gegen eine Entwicklung des Geländes. Gefordert wird jedoch eine «lebenswerte» Alternative. «Durch eine Sanierung soll sich der Zustand des Areals verbessern und nicht verschlechtern.» Dafür reichen laut Guzek die heute gültigen Masse aus: drei Vollgeschosse und eine Gebäudehöhe von 10 Metern. Bei einer Annahme wären je nach Sektor Gebäude mit einer Höhe zwischen 18,5 und 28 Metern erlaubt. Die Ortsparteien stellen sich geschlossen hinter die Vorlage. In einem gemeinsamen

Aufruf in der «Bantiger Post» plädieren SVP, FDP, die Mitte, EVP, SP und GB für ein Ja. Die Parteien treten auch der Befürchtung entgegen, wonach die Vorlage für die Gemeinde ein finanzielles Risiko darstellt. «

**«Keine Hochhaussiedlung»**

Für den Gemeinderat ist es gar ein finanzielles Risiko, wenn das Areal nicht umgezont wird. Die Höhe der Einnahmen kann aber noch nicht genau beziffert werden. Der Gemeinderat wehrt sich zudem gegen den Vorwurf, dass die Vorlage «überdimensionierte» Hochhäuser ermögliche. Die

maximale Geschosshöhe sei klar festgelegt und dürfe unter-, aber nicht überschritten werden.

Beim ehemaligen Verwaltungsgebäude, wo früher die UBS eine Filiale betrieb, sind sieben Geschosse erlaubt. Bei der alten Musikschule sind es vier Geschosse und beim RBS-Bahnhof und der Landi fünf. «Es ist sinnvoll, an diesem zentralen Ort die Nutzung zu erhöhen», sagt Gemeindepräsidentin Kathrin Zuber (FDP). «Es entsteht sicher keine Hochhaussiedlung wie im Gäbelbach.»

Simon Wälti